

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 22.07.2010 um 18.17 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May (19.48 – 19.58 Uhr)

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller (19.28 – 19.33 Uhr)

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt (18.51 – 18.55 Uhr, bis 19.32 Uhr)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (bis 20.04 Uhr)

Stadtrat Rank

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker (19.47 – 19.50 Uhr)

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (19.00 – 19.09 Uhr)

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos (19.48 – 19.52 Uhr)

Stadträtin Kahnt

Stadträtin Mahlmeister

FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan (19.39 – 19.42 Uhr)

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Steinruck

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn

Stadträtin Schmidt (18.39 – 18.46 Uhr)

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Stadtrat Schardt (19.47 – 19.49 Uhr)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Herr Prenzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Bauamtsleiter Janner

Frau Noormann

Quartiersmanagerin Vonderscher (bis 18.39 Uhr)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellte Schlier

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy
 Stadträtin Schwab
 Stadtrat Haag
 Ortssprecher Pfrenzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller informiert darüber, dass die Budgets in der Stadtratssitzung am 29.07.2010 behandelt werden.

- 1 Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt - Kleistplatz:
hier: Entwurfsfeststellung Umgestaltung "Kleistplatz - Mehrgenerationenplatz"
(Tischvorlage)
 - A) Baumamtsleiter Janner weist daraufhin, dass das Planungsbüro Müller-Maatsch in der Stadtratssitzung am 29.07.2010 den kompletten Planungsentwurf vorstellen wird. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer klärt auf, dass im Haushaltsplan etwa 42.000 € zu wenig an Ausgabemitteln vorgesehen sind. Er hofft, dass auch die Mehrkosten bezuschusst werden.
Stadträtin Schmidt möchte, dass nochmals auf die Bürger zugegangen wird, da durch den Zeitdruck wenige Möglichkeiten entstanden sind, den Bürgern die Kosten nahezubringen.
Stadtrat Schmidt informiert sich darüber, ob alle Vorstellungen der Bürger umgesetzt wurden, falls nicht, möchte er wissen, wer die entsprechenden Projekte ausgefiltert hat. Quartiersmanagerin Vonderscher klärt auf, dass die wichtigsten der eingegangenen Vorschläge umgesetzt wurden. Auf Anfrage von Stadtrat Schmidt erläutert Bauamtsleiter Janner, dass der Kleinkinderspielplatz für Kinder bis 5 Jahre geeignet ist. Stadtrat Schmidt kritisiert die vorgesehenen Spielgeräte.
 Außerdem wird von Bauamtsleiter Janner mitgeteilt, dass keinerlei Kosten auf die Anlieger umgelegt werden.
 Die Pläne mit den Skizzen werden den Fraktionsvorsitzenden farbig zugehen.
 - B) **Zur Kenntnis genommen.**

Der Beschluss erfolgt in der Stadtratssitzung am 29.07.2010.

 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Der Stadtrat billigt den Vorentwurf zur Neuordnung des Kleistplatzes in einen Mehrgenerationenplatz, siehe Anlage 2, aufbauend auf der seitens des Bürgerarbeitskreises bevorzugten Diskussionsvorlage 2 und beauftragt die Verwaltung, die Planung weiter zu verfolgen.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderanträge zu erstellen und umgehend bei der Regierung von Unterfranken einzureichen.

4. Das Planungsbüro Müller-Maatsch, Burghaslach, wird beauftragt, die weiteren Planungsschritte stufenweise umzusetzen.
2. Einrichtung und Förderung eines Investitionsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt im Stadtteil Kitzingen-Siedlung
- A) Quartiersmanagerin Vonderscher erklärt, dass die verschiedenen Maßnahmen zur Verschönerung der Siedlung sich auf etwa 15.000 € belaufen werden.
- B) Mit 28 zu 0 Stimmen**
1. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Investitionsfonds für das Soziale-Stadt-Gebiet Kitzingen-Siedlung in Höhe von 15.000 € - gemäß dem Integrierten Handlungskonzept Kitzingen-Siedlung (2008).
 2. Der Investitionsfond wird zum 01.09.2010 für ein Jahr beantragt.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderung des Investitionsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt zu beantragen.
3. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen; hier: 16. Änderungssatzung (Wegfall der "Gartenwasserpauschale"; Änderung der "Deckelungsregelung")
- A) Oberrechtsrätin Schmöger erläutert die rechtliche Sicht der Abschaffung der Gartenwasserpauschale. Die neue Fassung wurde mit dem Landratsamt abgestimmt. Stadtrat Rank fragt nach, ob § 11 wortwörtlich übernommen wurde. Oberrechtsrätin Schmöger bestätigt dies.
- B) Mit 24 zu 3 Stimmen**
1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Es wird die dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte 16. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen beschlossen.
4. Konversion: Beauftragung einer Rechtsanwaltskanzlei zur Beratung / Begleitung im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen
- A) Oberrechtsrätin Schmöger schlägt in der Schlussphase des Vertragsabschlusses eine Prüfung derer vor und fordert nun einen Grundsatzbeschluss zur Beauftragung eines Anwalts. Es sollte eine Deckelung bis maximal 50.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer und Nebenkosten mit aufgenommen werden. Vorgeschlagen wird die Rechtsanwaltskanzlei Kappellmann und Partner aus Frankfurt am Main. Abstimmung soll laut Oberbürgermeister Müller getrennt für das Büro aus Frankfurt und jenes aus Stuttgart erfolgen.
- Stadträtin Endres-Paul fordert eine Verhandlung über eine Fahrtkostenpauschale, um immense Mehrkosten zu verhindern. Stadtrat Heisel fände es sinnvoller eine Deckelung inklusive Mehrwertsteuer und Nebenkosten festzulegen. Oberrechtsrätin Schmöger wird versuchen mit den Büros Entsprechendes zu verhandeln, sieht jedoch geringe Möglichkeiten. Stadtrat Heisel spricht sich für das Büro in Frankfurt aus, da dieses eine flexiblere Zusammenarbeit gewährt. Auf Nachfrage von Stadträtin Kahnt bestätigt Oberrechtsrätin Schmöger, dass direkt nach dem Beschluss die Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Büro begonnen werden kann, jedoch für die Stadt Kit-

zingen der Bedarf erst ab Herbst bestehen wird. Stadträtin Wallrapp informiert sich, ob es Zuschüsse oder Förderungen, z. B. aus Stadtumbau West gibt. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer möchte das am 27.07.2010 mit Herrn Wägelein von der Regierung Unterfranken abklären. Vor der Bewilligung darf kein Auftrag erteilt werden. Oberbürgermeister Müller betont nochmals, dass die professionelle Unterstützung für Rechtsfragen in diesem Fall unerlässlich ist.

B) Mit 20 zu 8 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, zur Beratung der Stadt Kitzingen im Zusammenhang mit dem Abschluss von städtebaulichen Verträgen, insbesondere zur Übernahme von Erschließungsanlagen für die Konversionsflächen eine Rechtsanwaltskanzlei zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt zunächst zu einer Honorarobergrenze von 50.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer und Nebenkosten.

C) Mit 23 zu 5 Stimmen

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, der Rechtsanwaltskanzlei Kappelmann und Partner, Ulmenstraße 37 – 39, 60325 Frankfurt am Main, das Mandat für oben genannte Beratung zu erteilen.

5 Antrag auf Vergabe eines Straßennamens/Adresse
Schreiben des Golfclubs Kitzingen vom 30.04.2010

- A) Oberbürgermeister Müller beantwortet die Frage von Stadtrat Moser und verweist auf die Geschäftsordnung § 3 Nr. 6, die besagt, dass die Namensgebung von Straßen durch den Stadtrat beschlossen wird.

B) Mit 18 zu 10 Stimmen

1. Vom Antrag des Golfclubs Kitzingen e. V. vom 30.04.2010 wird Kenntnis genommen.
2. Der öffentlich gewidmete Feld- und Waldweg Fl.Nr. 2229 erhält folgenden Namen:
„Lailachweg“

6 Eisenbahnüberführungen - Innere Sulzfelder Straße und Kaltensondheimer Straße;
hier: Erneuerung der Brückenbauwerke durch die Bahn AG

- A) Bauamtsleiter Janner schildert den Sachverhalt und bekräftigt, dass ein Verkehrsgutachten erstellt werden sollte. Die Bahn wird gebeten, einen Plan zu erstellen bevor es zu einer Vereinbarung kommt, damit sicher entschieden werden kann, dass die Gelder gut investiert werden.
Stadtrat Schmidt regt an, sich nochmals Gedanken über die bevorstehenden Problematiken bei einer Erweiterung auf eine zweispurige Straße zu machen. Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Prioritäten der Erweiterung darin bestehen, alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen und die Sicherheit in den Vordergrund zu stellen. Stadtrat Rank spricht sich dafür aus beide Unterführungen aufzuweiten. Stadtrat Popp ist der Meinung, dass ein Beschluss erst gefasst werden kann, wenn das Verkehrsgutachten vorliegt. Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Bahn Interesse geäußert hat und fragt, ob von Seiten der Stadt Kitzingen Planungen bestehen, die mit eingearbeitet werden sollen. Die Stadt Kitzingen möchte bei Umgestaltung auf beiden Seiten eine

Möglichkeit für Fußgänger berücksichtigen. Stadträtin Glos stimmt der Breite der Unterführung zu, da auch Sie die Gefahren für Schüler und Kinder sieht. Sie fordert eine getrennte Abstimmung. Stadtrat Pauluhn stimmt den Sicherheitsvorkehrungen zu, meint jedoch, dass ein einseitiger Ausbau für Fußgänger und Radfahrer völlig ausreicht. In der Kaltensondheimer Straße hält er einen Ausbau nicht für sinnvoll, da diese Straße von PKWs lediglich als Schleichweg benutzt wird. Stadträtin Stocker ist der Ansicht, dass beide Straßen der Sicherheit wegen ausgebaut werden sollten. Die Unterführung Innere Sulzfelder Straße sei täglich verstopft. Stadtrat Böhm spricht sich für die Erneuerung Innere Sulzfelder Straße aus, sieht die Notwendigkeit bei der Kaltensondheimer Straße nicht. Bauamtsleiter Janner ist der Meinung, dass 7,5 m Breite notwendig und das Minimum sein sollte.

B) Mit 26 zu 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Grundsatzbeschluss zur Eisenbahnbrücke in der Inneren Sulzfelder Straße.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Straßenbaulastträger und die Bahn AG in einem ersten Schritt zu bitten, eine Entwurfsplanung einschl. Kostenschätzung vor Abschluss einer verbindlichen Eisenbahnkreuzungsvereinbarung unter Kostenbeteiligung der Stadt zu erstellen, die die Aufweitung des Brückenbauwerks mit einer lichten Weite von neu 10,50 m (alt ca. 5,10 m) und mit einer regulären Durchfahrtshöhe von mindestens 4,0 m bzw. einer tatsächliche Höhe von mindestens 4,50 m vorsieht. Die Fahrbahn sollte neu 6,5 m (alt ca. 3,3 m), der südlich der Fahrbahn liegende Rad- und Gehweg neu 2,5 m (alt ca. 1,5m) und der nördlich der Fahrbahn liegende Gehweg neu 1,5 m (alt 0,3 m) betragen.

Der Kreuzungswinkel des neuen Bauwerkes sollte auf die bestehende Straßenkreuzung der Süd- und Westtangente unter Berücksichtigung der Johann-Adam-Kleinschroth-Straße angepasst werden.

C) Mit 15 zu 11 Stimmen

3. Grundsatzbeschluss zur Eisenbahnbrücke in der Kaltensondheimer Straße.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Straßenbaulastträger sowie der Bahn AG mitzuteilen, dass seitens der Stadt Kitzingen aktuell keine Änderungswünsche zum derzeitigen Bestand in Breite, Höhe und Form im Hinblick auf das neue Brückenbauwerk beantragt werden.

In wie weit später mit der Fertigstellung der Nordtangente straßenrechtliche Umstufungen vorgenommen werden sollten, wird im Rahmen der beabsichtigten Generalverkehrsplanung geprüft.

D) Mit 25 zu 1 Stimmen

4. Ergänzend wird die Verwaltung beauftragt, die Nachhaltigkeit für die vorgeschlagenen bzw. nicht vorgeschlagenen Brückenaufweitungen im Rahmen einer parallel zu beauftragenden Generalverkehrsplanung erarbeiten zu lassen, damit vor Abschluss der jeweiligen Kreuzungsvereinbarungsverträge der Stadtrat planungs- und investitions-sichere Entscheidungen treffen kann.

Gleichzeitig ist abzuklären, ob der neue Generalverkehrsplan aus Zuschussmitteln des Staates gefördert werden kann.

E) Mit 27 zu 0 Stimmen

5. Die Verwaltung wird den Stadtrat über den Planungsverlauf sowie über die weiteren

Stellungnahmen der Beteiligten zeitnah informieren.

7 Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile:
Nachkalkulation 2009 und Vorkalkulation 2010-2013

Mit 26 zu 0 Stimmen

Die Friedhofsgebühren bleiben unverändert.

Der Überschuss des Jahres 2009 in Höhe von 16.530 € wird den allgemeinen Haushaltsmitteln zugeführt, um die Verluste der Vorjahre zu reduzieren.

8 Einführung des "Bürgerhaushalts"

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter verdeutlicht, dass die UsW dem Bürgerhaushalt nicht zustimmen wird.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erklärt, dass auch die CSU grundsätzlich gegen den Bürgerhaushalt ist.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Endres-Paul weist auf, dass der Arbeitsaufwand aktuell für die Verwaltung zu hoch ist und lehnt somit den Bürgerhaushalt ab.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp stellt dar, dass die FW die Meinung vertreten, dass es momentan aus finanziellen Aspekten nicht möglich ist, dem Bürgerhaushalt zuzustimmen.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof besagt, dass den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden muss, mitreden zu können und ist somit für den Bürgerhaushalt.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt klärt auf, dass die ödp generell der Bürgerbeteiligung positiv gegenüber steht und sieht durch den Bürgerhaushalt eine große Chance die Bürger einzubeziehen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm findet, dass der Bürgerhaushalt derzeit nicht nötig ist und stimmt somit dagegen.

Mit 22 zu 5 Stimmen

Dem Antrag der KIK-Fraktion auf Einführung eines Bürgerhaushaltes wird nicht zugestimmt.

9 Budgetfestlegung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Budgetfestlegung von der Tagesordnung genommen wird und in der Stadtratssitzung am 29.07.2010 beschlossen werden soll.

10 Auftragsvergaben

10.1 Bahnhof Kitzingen - Abbruch/Altlastensanierung mit Parkplatzprovisorium auf den ehem. Betriebsflächen;
hier: Vergabe der Ingenieurleistungen nach HOAI

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Vergabe der Ingenieurleistungen von der Tagesordnung genommen wird und in der Stadtratssitzung am 29.07.2010 beschlossen werden soll.

10.2 Mainpromenade BA II - Neuordnungsmaßnahme;
hier: VOB/A - Auftragsvergaben "Energieterminal und Poller" für die Hotelschiffsanlegestelle

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Auftragsvergaben „Energieterminal und Poller“ für die Hotelschiffsanlegestelle von der Tagesordnung genommen wird und in der Stadtratssitzung am 29.07.2010 beschlossen werden soll.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.05 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer